

FDP im Römer

OUTDOORSPORT IN GRÜNANLAGEN ERMÖGLICHEN

13.09.2018

„Frankfurts Grünanlagen erfreuen sich gerade in den Sommermonaten größter Beliebtheit. Frankfurterinnen und Frankfurter stürmen in die Parkanlagen, um ihre Freizeit dort zu verbringen. Mittlerweile hat sich der gemeinsame Gruppensport in den Grünanlagen fest etabliert – ein Trend, der über die Frankfurter Stadtgrenzen hinaus weltweit zu beobachten ist. Manche Angebote werden von bezahlten Trainern begleitet, was häufig aus Gründen der Gesundheitsprävention sinnvoll ist. Dass ausgerechnet Frankfurt als Sportstadt diesem Trend ein Ende setzen möchte, ist unverständlich“, kommentiert **Michael Bross**, sportpolitischer Sprecher der FDP-Römeraktion das aktuelle Verbot kommerzieller Sportanbieter in Frankfurts Grünanlagen.

In einem dringlichen Antrag fordern die Freien Demokraten den Magistrat auf, Kursangeboten in Frankfurter Parkanlagen, am Main- sowie Niddaufer nach §5 der Frankfurter Grünanlagensatzung entsprechende Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. „Es darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, dass hinter den Kursanbietern keine großen Fitnessketten hängen, sondern Kleingewerbe, das durch ein Verbot in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt. Als Wirtschaftsmetropole sollte die Stadt Frankfurt auch die kleinen Gewerbetreibenden unterstützen und ihnen nicht unnötig mit Verboten Steine in den Weg legen“, so **Stephanie Wüst**, wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Römerfraktion und erklärt weiter: „Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung in digitaler Form und gut sichtbar auf der Webseite der Stadt Frankfurt zur Verfügung steht. Notwendige Bearbeitungsgebühren des zuständigen Amtes sollen möglichst gering ausfallen und ebenfalls bekannt gemacht werden“. Aus Liberaler Sicht sei es verständlich, dass es, insbesondere bei kleinen Grünanlagen, zu Nutzungskonflikten kommen könne. „Um diesen Konflikten in den kommenden Sommern vorzubeugen, fordern wir den Magistrat auf, ein Konzept zu entwickeln, welches eine

Koordination und Verteilung aller Kurse auf die Grünanlagen beinhaltet. Die Stadt ist dazu da, den Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche nach Möglichkeiten zu erfüllen und nicht das soziale Miteinander zu regulieren“, erklärt Bross. Aus Sicht der Liberalen sei das Hauptproblem eigentlich, dass die Stadt die Fehlnutzung und Vermüllung ihrer Parkanlagen seit Jahren nicht in den Griff bekämen. „Das Verbot der regelmäßigen Nutzung der Park seitens betreuter Sportkurse ist dabei nicht nur kontraproduktiv, es lenkt vom eigentlichen Problem der Stadt ab - auf ein Scheinproblem zu Lasten der sportbegeisterten Bevölkerung und des Kleingewerbes“, so Wüst.